

# Marzahn- Hellersdorf **links**

**DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt**

10-Punkte-Programm vs. Pudding-Politik - so überschreibt Petra Pau, in Marzahn-Hellersdorf direkt gewählte Bundestagsabgeordnete, ihren ersten Beitrag in diesem Infoblatt nach der Wahl. Schwarz-Gelb lässt allerhand befürchten! ..... Seite 2

Neu gewählt wurden auf der Hauptversammlung am 17. 10. Bezirksvorstand, Delegierte für den Berliner Landesausschuss der LINKEN sowie die Finanzrevisionskommission. Zu tun gibt es genug! Neues Team! Neue Herausforderungen! ..... Seite 4

Die Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf - die nunmehr 25. - mit den Themen: Kurz vorgestellt: Sarah Fingarow, jüngstes Mitglied im Bezirksvorstand / Offener Brief an SAV und Einsteigen in eine selbstbestimmte junge Linke ..... Seite 7

## Klimaschutz

**E**in Bürger aus Kaulsdorf beschwert sich bei Petra Pau - er habe ihr bei der Bundestagswahl seine Stimme gegeben, jetzt aber reiße die Berlinerin Senatorin Katrin Lompscher alles von ihr Aufgebaute wieder ein. Der

### Diskutieren Sie mit!

#### Politischer Frühschoppen

im Schloss Biesdorf,  
Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin,  
am 8.11.2009, 11 Uhr

Entwurf des Klimaschutzgesetzes  
in der Diskussion,  
mit **Petra Pau**,

Mitglied des Deutschen Bundestages,  
**Katrin Lompscher**,

Senatorin für Gesundheit,  
Umwelt und Verbraucherschutz  
Moderation: **Regina Kittler**, stellv. Fraktionsvorsitzende der BVV-Fraktion

Musik: **Peter M. Haas**,  
Pianist und Akkordeonist

Bürger beruft sich dabei auf die VDG-Nachrichten vom 18. September 2009, in denen DIE LINKE wegen des Referentenentwurfs des Berliner Klimaschutzgesetzes heftig attackiert wird. In diesem Gesetz-Entwurf geht es um die dringend notwendige Senkung der Kohlendioxid-Emission in unserer Region - ein Anliegen, das Linke nur unterstützen können!

Aber jeder weiß, ein wirksamer, die Zukunft der Menschheit bewahrender Klimaschutz kostet Geld. Deshalb ist es wichtig, die Belastungen zu prüfen und so zu gestalten, dass Mieter und Eigentümer von Wohnungen, Gewerberäumen und Häusern diese Belastungen tragen können und nicht in soziale Notlagen geraten.



*Mögen alle Beteiligten das nötige Augenmaß haben!* Foto: Y. Rami

Deshalb wurde der Entwurf des Gesetzes vor der Beratung im Parlament an Sachkundige und verschiedene Interessenverbände zur Stellungnahme übergeben. Eine durchaus lobenswerte Arbeitsweise der Senatorin, die im politischen Alltag eher die Ausnahme ist. Ein bedauerlicher Mangel: Der Verband Deutscher Grundstücksnutzer - VDGN erhielt keinen Entwurf, obwohl bei den Verfassern des Gesetzesentwurfs Interesse an der Sachkunde des Verbandes besteht. Eberhard Roloff von der LINKEN war sofort bei der Beschaffung des Entwurfs aus der Senatsverwaltung behilflich. Wenige Tage danach lud Petra Pau den Verband zu einer Diskussion mit der Senatorin im Eastgate ein. Das hat aber den VDGN nicht abgehalten, den Diskussionscharakter des Entwurfs zu ignorieren und zehn Tage vor der Wahl zum Bundestag in den VDG-

### Was gibt's noch?

#### Seite 2:

Haushaltssperre in Marzahn-Hellersdorf / Petra Pau: Pudding-Politik vs. ...

#### Seite 3:

Infosplitter / Chronik: Vor 20 Jahren

#### Seite 4:

Neues Team - neue Herausforderungen

#### Seite 5:

Vom Nutzen des Flächennutzungsplans / Für Respekt statt Stigmatisierung

#### Seite 6:

Antifaschistischer Widerstandskampf im Bezirk / Soziale Gerechtigkeit in Zeiten knapper Ressourcen

#### Seite 7:

Jugendseite

#### Seite 8:

Tipps und Termine

Nachrichten eine scharfe Attacke gegen DIE LINKE zu fahren.

DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf, besonders die Fraktion der LINKEN in der BVV - so erklärt ihr Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Dahler - wird für ein sozial ausgesteuertes Gesetz eintreten. Und auch in Zukunft werden wir mit VDG und VMEG und deren Mitgliedern zusammenarbeiten! Damit sich Interessierte - Mieter wie Eigentümer - selbst sachkundig machen und alle offenen Fragen loswerden können, haben wir die Senatorin Katrin Lompscher eingeladen.

**Redaktion MaHeli**

### Anhörung Thema Bildung

**A**b dem Schuljahr 2010/2011 werden Alle Haupt-, Real- und Gesamtschulen in Marzahn-Hellersdorf zu Sekundarschulen. Gleichzeitig wird das Pilotprojekt Gemeinschaftsschule fortgesetzt. Um den Betroffenen eine Möglichkeit zu geben, ihre Vorstellungen in den Prozess der **Schulstruktureform** im Bezirk einzubringen und Fragen zum Verlauf zu stellen, veranstaltet die Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf eine öffentliche **Anhörung**. Wir laden alle Interessierten ein: **10.11.2009, 19 Uhr, Rathaus Helle Mitte, Raum 548, Alice-Salomon-Platz, 12627 Berlin.**

# DIE LINKE.

# Haushaltssperre in Marzahn-Hellersdorf

In unserer Sitzung am 6. Oktober 2009 haben wir als Bezirksamt eine Haushaltssperre mit sofortiger Wirkung beschlossen.

Was hat uns zu einer derart harten Entscheidung bewogen, erschwert es doch das tägliche Handeln der Bezirksverwaltung unheimlich?

Ich will es mal aus meiner Sicht als Jugendstadträtin beschreiben, aus Sicht einer Abteilung, die bereits seit September, also Wochen vor diesem Bezirksamtsbeschluss mit einer abteilungsinternen Sperre arbeitet. Seit Jahren ringen wir in meiner Abteilung mit den Ausgaben für familienunterstützende Maßnahmen, Hilfen auf die es einen individuellen Rechtsanspruch gibt. Die Finanzzuweisungen des Landes für diesen Bereich liegen seit 2002 immer deutlich unter dem Bedarf. In 2008 hieß das beispielsweise, dass unsere tatsächlichen Ausgaben für Hilfen für Familien und deren Kinder 37,2 Mio. Euro betragen, die Zuweisung des Landes Berlin aber deutlich darunter lag. Am Ende dieses Jahres werden unsere voraussichtlichen Ausgaben ca. 42 Mio. Euro betragen, die Zuweisung des Landes liegt am Ende jedoch ca. 3 Mio. Euro darunter. In diesem Bereich entsteht also ein Haushaltsrisiko von ca. 3 Mio. Euro, weitere Haushaltsrisiken kommen dazu für die Unterbringung junger Mütter mit ihren Kindern und für Eingliederungshilfen für behinderte Kinder. Am Ende des Jahres 2009

steht für meine Abteilung ein Minus von ca. 6 Mio. Euro, ein Minus, das ich nur sehr schwer beeinflussen kann, wenn ich nicht Hilfen verweigern will, die dem Kind zustehen und für seine Entwicklung aus fachlicher Sicht dringend notwendig sind.

Da diese Haushaltsrisiken nicht nur ein Marzahn-Hellersdorfer, sondern ein berlinweites Problem sind, streiten wir seit längerer Zeit mit dem Land Berlin und dem Senat um eine Lösung, dass die Hilfen, die für die Kinder und ihre Familien notwendig sind, auch bezahlt werden und die Bezirke mit ihren Haushaltsrisiken nicht allein gelassen werden. Ab dem Jahr 2010 haben wir, auch mit großem Engagement unseres Bezirksamtes, endlich eine Lösung durchgesetzt, bei der vom Senat die realen Entwicklungen in den Bezirken berücksichtigt werden.

Doch für 2009 bleibt das Risiko weiterer Schulden, kommen doch zu dem benannten Minus im Jugendbereich weitere Risiken hinzu aus dem enormen Anstieg von Sozialleistungen auch im Bereich Soziales sowie einem deutlichen Rückgang der Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, insgesamt ca. 10 Mio. Euro. In diesem Haushaltsrisiko sind allerdings rund 5,6 Mio. Euro enthalten, die von der Senatsfinanzverwaltung als Beitrag des Bezirks für den Abbau der Altschulden, als Konsolidierungsbeitrag für 2009, bei der

## Was versteht man denn unter einer Haushaltssperre?

Eine Haushaltssperre kann eingesetzt werden, wenn der Ausgleich des öffentlichen Haushalts durch Mehrausgaben oder Mindereinnahmen gefährdet ist. Mit der Sperre von Haushalts-Mitteln behält sich das Amt vor, im Einzelfall darüber zu entscheiden, ob geplante Ausgaben tatsächlich getätigt bzw. Verpflichtungen eingegangen werden. Die Haushaltssperre kann sich auf den Gesamthaushalt oder auf Teile des Haushalts beziehen, ausgenommen vertragliche Verpflichtungen und unabwiesbare Ausgaben.

Auszug aus [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de): W.M.

Zuweisung der Finanzmittel abgezogen und in der Bezirkskasse gar nicht angekommen sind.

Obwohl es sich ausschließlich um Ausgabenentwicklungen bzw. Einnahmeverluste handelt, die nicht vom Bezirksamt zu verantworten sind, haben wir uns als Bezirksamt für restriktive haushaltswirtschaftliche Maßnahmen entschieden. Denn unser Ziel bleibt es, die Entstehung weiterer Schulden zu vermeiden und vielleicht sogar einen Teil unserer Altschulden abzubauen.

**Dr. Manuela Schmidt**  
Bezirksstadträtin für Jugend und Familie

## Petra Pau (MdB): 10-Punkte-Programm vs. Pudding-Politik

„Auf fremden Arsch lässt sich gut durchs Feuer reiten!“ Weiß der Volksmund. Genauso agiert die schwarz-gelbe Regierung. Die FDP und die CSU wollten partout Steuersenkungen, obwohl es vorne und hinten an Vielem mangelt. Die CDU spielt mit, koste es, was es wolle. Zahlen werden diese Zeche der neuen Bundesregierung vor allem die Länder, Städte und Kommunen müssen.

Mitten im Bundestagswahlkampf hatte sich ein Verein deutscher Millionäre gebildet und zu Wort gemeldet. Ihr Credo: Wir sind reich und wollen deshalb mehr zum Gemeinwohl beitragen, als uns bislang abverlangt wird. Sie forderten daher eine Millionärssteuer, ähnlich, wie DIE LINKE. Auch sie blieben unerhört. Westerwelle hatte anderes im Sinn, Seehofer ebenso, Merkel auch.

Nun heißt es, der Koalitionsvertrag sei weich wie ein Pudding. Man könne ihn nicht festnageln. Stimmt. Aber die Richtung ist unübersehbar: Wer ohnehin hat, wird zusätzlich bedacht, und wem es am Nötigsten mangelt, wird weiterhin links liegen gelassen. Das ist nicht neu. Aber gerade deshalb ist es besonders schlimm. Schwarz-Gelb bedeutet Gefahr, nicht nur bei der Atom-Energie.

Klassisches Beispiel: Gesundheitspolitik! Die Beiträge für die Unternehmen sollen eingefroren werden. Im Gegenzug sollen sich Bürgerinnen und Bürger zunehmend privat versichern. Das ist ein Jahrhundert-Rückfall hinter die Einsichten von Reichskanzler Bismarck. Und das ist ein Einfallstor für neue, windige und unseriöse Geschäfte von Banken und Versicherungen.

Soziales wird klein gerechnet, Bürgerrechte werden abgeschrieben und Solidarität wird in eine „bad bank“ ausgelagert. Bei alledem wurde bislang weder die Katze noch der Knüppel so richtig aus dem schwarz-gelben Sack gelassen. Denn im Mai 2010 wird erneut gewählt, im bevölkerungsreichsten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen. Bis dato wird Pudding-Politik verkauft.

DIE LINKE hat dagegen ein 10-Punkte-Programm beschlossen – für Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität. Es beschreibt die ersten parlamentarischen Initiativen, die wir im Bundestag starten werden. Ein Kontrast-Programm. Natürlich gegen die CDU/CSU und die FDP, aber auch gegen die noch immer Hartz-IV-Parteien SPD und Bündnis 90/ Die Grünen.

## Marzahn-Hellersdorf sitzt wieder ganz vorn!

Petra Pau wurde im ersten Wahlgang als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags wiedergewählt. Für sie war das keine Routineangelegenheit: „Obwohl es meine zweite Wahl war, war ich aufgeregt wie vor der ersten.“ Sie kündigte an: „Ich werde das hohe Amt überparteilich führen wie bisher. Zugleich weiß jeder: Ich bin eine Linke. Meine Pro-Themen sind Bürgerrechte und Demokratie und meine Anti-Themen bleiben Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.“ Die Marzahn-Hellersdorfer Abgeordnete wird da-



Gratuliert der wiedergewählten Vizepräsidentin: Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi.  
(Foto aus: [www.linksfraktion.de/](http://www.linksfraktion.de/))

mit ihre Arbeit wie schon in der vergangenen Legislaturperiode im Bundestagspräsidium fortsetzen. Hierbei war sie auch immer „Botschafterin“ ihres Wahlkreises und wird auch künftig Marzahn-Hellersdorf repräsentieren.

## Infosplitter

### Ausstellungseröffnung

Am 9. Oktober 2009 wurde die Wanderausstellung „Das gebrochene Schweigen“ zur Geschichte der Deutschen aus Russland in der Hellersdorfer Promenade 20 eröffnet. Die von Viktor Fromm, Mitglied der Fraktion der LINKEN, und dem Verein Lyra e. V. erarbeitete Ausstellung soll einen festen Platz im Bezirk finden. Das ist auf Antrag der LINKEN von der BVV Marzahn-Hellersdorf beschlossen worden. Bürgermeisterin Dagmar Pohle versicherte bei der Ausstellungseröffnung, dass sich das Bezirksamt bemüht, den Beschluss umzusetzen. Die Ausstellung ist noch bis zum 30. November 2009 zu besichtigen.

### Friedenspfahl

Im Regine-Hildebrandt-Park ist am 11. Oktober ein „Friedenspfahl“ eingeweiht worden – eine Spende von Professor Nagazawa aus Japan. Solche Friedenssymbole werden weltweit für eine Welt ohne Atomwaffen gesetzt. Ein entsprechender Aufruf befindet sich auf dem Friedenspfahl in deutscher, russischer, vietnamesischer und englischer Sprache.

### Stadtumbau Mehrower Allee 38-48

Der Rück- und Umbau ist fast abgeschlossen. Der Wohnblock bestand ursprünglich aus drei 8-geschossigen Einzelgebäuden mit 156 Wohneinheiten. Jetzt wird er für 3,2 Mio. Euro auf 3 bis 5 Etagen mit 50 Wohnungen umgebaut. Die Nummer 48 wurde komplett abgerissen. In der Nummer 40 und 42 sind vier Wohnungen für betreutes Wohnen entstanden. Die Grundrisse der Wohnungen wur-

den so verändert, dass vor allem Zwei- und Dreiraumwohnungen entstanden sind.

### Helene-Weigel-Platz

Die angekündigten Umbauarbeiten haben mit dem Abriss des ehemaligen „Multistore“-Gebäudes begonnen. Die Kaiser's-Kaufhalle wird zum 30. Oktober geschlossen. Die Baumaßnahmen haben auch die Fällung von Bäumen zur Folge. Die Platanen werden durch Bäume mit kleineren Kronen – so wie in den Hochbeeten um den Brunnen – ersetzt.

### Über den Wahltag hinaus

Was wie eine normale Wahlveranstaltung für Petra Pau und DIE LINKE aussah, war doch mehr und ging über den Wahltag hinaus. Das Quartiersmanagement Mehrower Allee hatte mit Unterstützung vieler Sponsoren und Helfer einen Sportaktivtag am 26. September 2009 organisiert mit einem Stundenlauf für einen guten Zweck. Pro gelaufene Runde wurden 1,11 Euro, so lang war die Strecke im Bürgerpark, gutgeschrieben. Unter den 320 TeilnehmerInnen war auch Petra Pau, unterstützt von Mitgliedern des Abgeordnetenhaus Gabi Hiller, Elke Breitenbach, Jutta Matuschek und Udo Wolf sowie Katina Schubert. Aus dem Bezirk dabei waren Dagmar Pohle, Manuela Schmidt und Heiner Niemann. Petra Pau und Katina Schubert (8 Runden) sowie unsere Abgeordneten (jeweils 9 Runden) und Heiner Niemann (7 Runden) trugen mit dazu bei, dass insgesamt 1717 Runden gelaufen wurden und eine Spendensumme von 1905,87 Euro für den Kiez zusammengekommen ist.

## Chronik: Vor 20 Jahren

### 8. November 1989

Demonstration von Berliner Genossen vor dem Haus des ZK. Sie fordern von den Teilnehmern der ZK-Tagung Bekenntnisse zur Erneuerung. Erstmals wird auch öffentlich über Fehler der Partei gesprochen. Losungen sind u.a. „SED= Sozialismus, Ehrlichkeit, Demokratie“, „Sozialismus = Wende ohne Umkehr“, „Wir sind die Partei“.

### 9. November 1989

10. Tagung des ZK der SED  
Politbüro tritt zurück, ein neues wird gewählt. Das neue Politbüro schlägt vor, dass Hans Modrow bei Neubildung der Regierung als Vorsitzender des Ministerrats kandidieren soll.

### 10. November 1989

Die SED-Bezirksleitung Berlin ruft zu einer Kundgebung im Lustgarten auf, es spricht u.a. Egon Krenz. Zehntausende Teilnehmer fordern die Einberufung eines Sonderparteitages.

### 13. November 1998

11. Tagung der Volkskammer: Günter Ma-leuda (DBD) wird zum neuen Volkskammerpräsidenten gewählt und Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrates.

### 16. November 1989

27 Mitglieder der SED-Fraktion in der Volkskammer legen ihr Mandat nieder.

### 29. November 1989

Der Aufruf „Für unser Land“ wird veröffentlicht: Für eine demokratische, eigenständige DDR.

## Einladung zur Lesung „Die Überleberin“ mit Dr. Hanna Behrend

**G**ast im Linken Treff in der Henny-Porten-Straße wird am 28.11. Dr. Hanna Behrend, Historikerin und Literaturwissenschaftlerin (Anglistin) sein, und sie wird aus ihrer 2008 erschienenen Autobiographie „Die Überleberin. Jahrzehnte in Atlantis“ lesen.

„Was rührt so stark an der Selbstdarstellung dieser Frau, dass man nicht loskommt von ihr, nicht loskommen möchte? Vor allem der Lebensmut – nie aufzugeben, die eigene Mitte zu finden trotz persönlicher, familiärer, gesellschaftlicher Zerrissenheit. In ungemein prekären Lagen sich durchzuboxen, ... Hoffnungen zu hegen, ... Enttäuschungen – private, berufliche, politische – zu überwinden, in Chaos und Krise die kleinen Dinge des Lebens hochzuhalten, ... ihr Kampfgeist. Ihre Selbstkritik. Ihre Begeisterungsfähigkeit. Ihr Streben nach Gemeinschaftlichkeit. Und natürlich die Leidenschaft für Politik ...“

(aus der Rezension des österreichischen Schriftstellers und Literaturpreisträgers Erich Hackl)

Biografische Daten:

- verwitwet, 3 Kinder, 1 Kater
- geb. 1922 in Wien
- ab 1938 im Exil in Frankreich und England

- 1946 Umzug nach Deutschland (in das Gebiet der späteren DDR)
- wissenschaftliche Mitarbeiterin, Lektorin, Übersetzerin und Dolmetscherin; Dozentin für Englisch, Literatur und feministische Theorie
- Herausgeberin der Reihe „Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft“
- zahlreiche Veröffentlichungen über deutsche und englische Geschichte und Literatur; marxistische und feministische Literaturtheorie; Literatur schwarzer Schriftstellerinnen; Utopien; Ökologie; seit 1989 auch über (ost-)deutsche Probleme.

Sehr zu empfehlen ist ihre Website:  
[www.hanna-behrend.de](http://www.hanna-behrend.de)



Hanna Behrend

Foto: privat

**Lesung mit Dr. Hanna Behrend  
„Die Überleberin“  
am Samstag, 28.11.2009, 18 Uhr,  
Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12,  
12627 Berlin**

# Neues Team – neue Herausforderungen!

## Marzahn-Hellersdorfer LINKE wählte Bezirksvorstand

Im Mittelpunkt unserer Hauptversammlung am 17. Oktober 2009 im „Theater am Park“ stand die Neuwahl des Bezirksvorstandes. Nach zweijähriger Amtszeit war dies natürlich auch Gelegenheit, Bilanz über das Erreichte zu ziehen und über kommende Herausforderungen zu diskutieren.

Doch zunächst galt es, ein hervorragendes Wahlergebnis gemeinsam mit unserer Wahlkreisabgeordneten Petra Pau zu feiern. 47,7 % der Erststimmen und 40,8 % der Zweitstimmen sind auch für Marzahn-Hellersdorf herausragend. Dieses Vertrauen gilt es, nun in linke gestaltende Politik umzusetzen. Bezirksvorsitzender Norbert Seichter umriss in seinem Rede u. a. die einzelnen Etappen des hinter uns liegenden

Wahlkampfes und unterstrich die hohe Qualität der Arbeit, die nur durch das gemeinsame Wirken aller Ebenen in unserer Bezirksorganisation möglich gewesen ist. Petra Pau bedankte sich bei allen MitstreiterInnen sehr herzlich und gab einen Ausblick auf die Arbeit der neuen Bundestagsfraktion.

Linksfraktionschef Klaus-Jürgen Dahler und Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle referierten im Anschluss über die Arbeit der BVV-Fraktion und des Bezirksamtes. Hierbei besonders hervorzuheben ist das Engagement unserer Amts- und MandatsträgerInnen



Der (fast komplette) neu gewählte Bezirksvorstand (von links nach rechts): Norbert Lüdtkke, Ulrich Clauder, Frank Beiersdorff, Karin Geike, Bernd Preußner, Sarah Fingarow, Karin Sledge, Bjoern Tielebein, Norbert Seichter, Angelika Skrzypczak, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, Marina Richter-Kastschajewa, Sabine Schwarz (nicht im Bild: Manuela Schmidt, Heide-Lore Wagner)

Foto: Christian Schwinge

für einen ausgeglichenen Bezirkshaushalt. Es wurde deutlich, dass dies jedoch kein Selbstzweck ist, sondern neue politische Spielräume schaffen soll, um vor allem der sozialen Verantwortung als Bezirk besser gerecht zu werden. Die Sicherung der sozio-kulturellen Infrastruktur für die BürgerInnen bleibt Richtschnur linker Kommunalpolitik.

Die sich anschließende Aussprache reichte von der Bildungs- und Haushaltspolitik bis hin zum Stadtumbau Ost und zu einzelnen Aspekten der Landespolitik. Hassan Metwally, bildungspolitischer Sprecher der BVV-Fraktion, erläuterte die mit der Einführung der neuen Schulform verbundenen Veränderungen und unterstrich unser Ziel einer Gemeinschaftsschule für alle. Die Sekundarschule sei hierbei ein erster Schritt, aber noch lange nicht das Ziel.

Die haushaltspolitische Sprecherin Regina Kittler forderte vom Senat eine bessere finanzielle Ausstattung der Bezirke. Diese dürften nicht derart zusammengespart werden, dass sie nicht mehr lebensfähig seien: „Wer Bezirke will, muss sie finanziell gerecht ausstatten.“

Gewählt wurden ein neuer Bezirksvorstand, Delegierte für den Landesausschuss der Berliner LINKEN sowie die Finanzrevisionskommission. Norbert Seichter wurde in seinem Amt bestätigt, Sabine Schwarz und ich wieder zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Bereits zu Beginn der Tagung gedachten die Delegierten des kürzlich verstorbenen Vorstandsmitglieds Klaus-Dieter Wendt. Norbert Seichter erinnerte an sein langjähriges Engagement für unsere Partei. Die Hauptver-

sammlung dankte sehr herzlich den Mitgliedern des Bezirksvorstandes Wilfried Maier, Sandra Beyer, Lore Held und Yvette Rami, die nicht wieder für den Vorstand kandidierten.

Der neue Bezirksvorstand steht mit der gesamten Bezirksorganisation nunmehr vor schwierigen, aber vor allem spannenden Herausforderungen. In zwei Jahren werden ein neues Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Hierfür müssen wir uns aufstellen und vorbereiten. Die Halbezeitbilanz der Fraktion bietet eine erste Diskussionsgrundlage für das zu erarbeitende Wahlprogramm. Die Debatte hierüber muss jedoch noch viel stärker in den einzelnen Basisorganisationen geführt werden.

Wir brauchen im Jahr 2011 ein Wahlprogramm, das vom gesamten Bezirksverband erarbeitet und getragen wird. Hierfür bedarf es vieler Ideen und ebenso vieler MitschreiberInnen.

Eine weitere Herausforderung ist die Programmdebatte innerhalb der Partei. Diese muss organisiert werden, damit unsere Delegierten des Bundesparteitages letztlich mit möglichst vielen Anregungen und nach einem möglichst breiten Meinungsbildungsprozess dieses mitbeschließen können. Dies ist nicht allein die Aufgabe des neuen Bezirksvorstandes, aber er ist in besonderer Verantwortung, diese Diskussion zu ermöglichen.

In der Debatte wurde ebenfalls die Weiterentwicklung unserer Strukturen der Bezirksorganisation genannt. Auch hier hat der Vorstand eine wichtige moderierende, aber auch gestaltende Aufgabe. Gemeinsam mit den Basisorganisationen wollen wir in den nächsten zwei Jahren beraten, wie wir uns in den einzelnen Stadtteilen so organisieren können, damit wir auch weiterhin im gesamten Bezirk stark vertreten sind und stärker in den Dialog mit den BürgerInnen kommen. Hierbei sollten wir Bewährtes beibehalten, aber vor allem auch kreative neue Wege beschreiten. Hassan Metwally schrieb in diesem Infoblatt nach dem Gründungsparteitag der LINKEN 2007 dazu: „Uns ändernd schreiten wir voran“. Richtig! Dies wird sicher auch in den nächsten zwei Jahren Motiv unseres Bezirksverbandes sein – für einen solidarischen, lebendigen und liebenswerten Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

**Bjoern Tielebein**

### Gewählt:

#### Bezirksvorstand:

**Vorsitz:** Norbert Seichter  
**stellv. Vorsitz:** Sabine Schwarz  
**stellv. Vorsitz:** Bjoern Tielebein  
**Mitglieder:**

Frank Beiersdorff  
 Ulrich Clauder  
 Sarah Fingarow  
 Karin Geike  
 Bärbel Holzheuer-Rothensteiner  
 Norbert Lüdtkke  
 Bernd Preußner  
 Marina Richter-Kastschajewa  
 Manuela Schmidt  
 Angelika Skrzypczak  
 Karin Sledge  
 Heide-Lore Wagner

#### Finanzrevisionskommission:

Erika Driedger  
 Jutta Freiberg  
 Hans-Peter Schneider

#### Delegierte Landesausschuss:

Regina Kittler  
 Bernd-Rüdiger Lehmann  
 Erika Maier

#### Ersatzdelegierte Landesausschuss:

Horst Helas  
 Sonja Hildebrandt  
 Ulrich Kalinowski

## Vom Nutzen des Flächennutzungsplans (FNP)

Der FNP ist ein Instrument der Bauleitplanung, in ihm wird die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung einer Gemeinde dargestellt. Der FNP ist zwar nicht grundstücksscharf, aber es werden die verschiedenen Nutzungsarten, wie Wohnbauflächen, Gemeinbedarfsflächen, Grün- und Wasserflächen, landwirtschaftliche Flächen, Wald usw. ausgewiesen. Der Berliner FNP wird vom Abgeordnetenhaus beschlossen.

Derzeit beraten wir u.a. über die Änderung des FNP für die Insel Schwanenwerder.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) begehrt die Umwandlung der früher für die Jugendherholung ausgewiesenen Flächen auf der Südseite der Insel in private „Wohnbaufläche mit landschaftlicher Prägung“. Da kein Interesse des Landes an einer weiteren Nutzung als Gemeinbedarfsfläche bestehe, solle hier die vorhandene Villenkolonie „ergänzt“ werden. Der Liegenschaftsfonds hat die Grundstücke schon ausgeschrieben. Aus ökologischen und historischen Gründen hat sich jetzt die Linksfraktion dagegen ausgesprochen. Als die Siedlung um die Wende zum 20. Jahrhundert angelegt wurde, befand sich nämlich auf der betreffenden Fläche bereits ein Gemeinschaftspark. In der NS-Zeit machte Schwanenwerder Karriere, hier wohnten Goebbels und Hitlers Leibarzt. Auf unserer Fläche brachte Albert Speer ein vorher im jüdischen Eigentum befindliches Grundstück in seinen Besitz und bereicherte sich durch Weiterverkauf an die Reichsbahn. Und die

„Reichsfrauenführerin“ betrieb nebenan die „Reichsbräuteschule“. Es war ein Akt der Entnazifizierung, dass der frühere Gemeinschaftspark nach dem Krieg der Jugendherholung im eingeschlossenen West-Berlin diene. Und es wäre eine problematische „Normalisierung“, heute die Gemeinbedarfsfläche wieder zu privatisieren. Die Linke meint, die Fläche sollte der Erholung dienen und es braucht vor Ort eine historische Aufarbeitung der Geschichte von Schwanenwerder. Die AG der Berliner Gedenkstätten unterstützt diese Idee. Mit dem FNP haben wir ein Instrument in der Hand, diese Frage mitzuentcheiden.

Ähnliche Bedeutung sollte der FNP für den Mauerpark zwischen Wedding und Prenzlauer Berg haben. Hier steht das Land Berlin in der Pflicht, endlich seine öffentlichen Zusagen einzulösen, nämlich mindestens 10 ha Mauerpark zu schaffen. Stattdessen verfolgt der Baustadtrat von Mitte seit Jahren den Plan, Teile des Mauerparks mit Stadtvillen zu bebauen. Dieser Plan stößt seit Jahren auf die vehemente Ablehnung der Bürgerinitiativen und des Bezirkes Pankow. Nachdem ein im Jahre 2003 eingeleitetes FNP-Änderungsverfahren wegen der massenhaften Einwendungen beendet worden war, planen der Bezirk Mitte und SenStadt jetzt, Baurecht ohne eine Änderung des FNP zu schaffen. Dieses Vorgehen wollen wir nicht hinnehmen. SenStadt hielt 2003 eine FNP-Änderung für erforderlich. Nunmehr zu behaupten, diese

sei nicht erforderlich, ist eine Missachtung des Planungsrechtes und der Mitwirkung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung. Wir fordern, das Konzept für den Mauerpark im Abgeordnetenhaus vorzustellen, im Rahmen einer FNP-Änderung. Die von uns nun angelegte Anhörung am 20. Jahrestag der Maueröffnung im Stadtentwicklungsausschuss bietet hierfür eine erste Gelegenheit.

**Dr. Thomas Flierl**, MdB, Stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Linksfraktion

### Die Anekdote

## Wenn Stühle sprechen ...

Im Frühjahr 2009 verließ der Haushaltspolitiker Carl Wechselberg im Zorn die Partei, die ihm einst zu einem Abgeordnetenhausmandat verhalf. Im September wechselte er die Fraktionen: von der Linken zur SPD. Unter Mitnahme des Mandates natürlich, schließlich habe er dieses „direkt geholt“, wie er nicht müde wurde mitzuteilen. Die Empörung der geprellten ehemaligen Weggefährten hielt sich in Grenzen. Niemand wollte den Koalitionsfrieden gefährden.

Bemerkenswert gestaltete sich aber der erste Auftritt des neugebackenen SPD-Politikers im Hauptausschuss des Parlamentes. Beim Versuch des Platznehmens krachte unter ihm mit lautem Getöse der Stuhl zusammen.

Manchmal zeigen Möbel mehr Charakter als Menschen. **G.H.**

## Für Respekt statt Stigmatisierung und Ausgrenzung!

In Berlin und dem gesamten Land werden die unsäglichen Äußerungen von Herrn

Sarazin kommentiert. Die Hauptversammlung unserer Bezirksorganisation hat sich hier klar distanziert und die Stigmatisierung ausländischer Mitbürgerinnen verurteilt. In der interkulturellen Woche im Oktober dieses

Jahres in Marzahn-Hellersdorf hat der Ausschuss für Integration und Migration unserer BVV und der MigrantInnenbeirat in einer Veranstaltung „30 Jahre Marzahn-Hellersdorf – Nordost wird bunter!“ zu Lebenslagen von ausländischen Mitbürgerinnen beraten. Und diese meldeten sich auch selbst zu Wort. Sie kamen zu dem Schluss, dass es sich bei uns gut leben lässt. Das ihre Nachbarinnen, Arbeitskolleginnen, Freundinnen und Genossinnen ihnen mit Toleranz und Achtung begegnen. Trotzdem ist jeder gewaltsame Übergriff durch rechtsextremistische und rassistische Gewalttäter ein Zeichen, dass im Bezirk nicht alle Menschen ausländische Mitbürgerinnen als Bereicherung empfinden. Dazu kommt oft eine latente Ausländerfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Dagegen müssen wir Linke gemeinsam mit der Zivilgesellschaft vorgehen. Wir müssen, wie es Dr. Shiferaw von Babel e.V. formulierte, um

Respekt kämpfen. Respekt ist die Voraussetzung und die Grundlage unseres Zusammenlebens in einer solidarischen Gesellschaft. Es ist mit einem gefühlvollen und menschlichen Aufeinanderzugehen verbunden. Und es heißt, das Vorhandensein von Vielfalt nicht als soziales Problem zu stigmatisieren, sondern diese Vielfalt durch politische Rahmenbedingungen als Bereicherung in die Gesellschaft aufzunehmen. Nach wie vor versuchen die NPD und andere Rechtsextremisten, gegen einen solchen respektvollen Umgang miteinander zu hetzen. Dem müssen wir gemeinsam mit öffentlichen Argumenten entgegenreten. Wir wollen keine Nazis mehr in der BVV und werden deshalb mit allen demokratischen Parteien, den Stadtteilzentren, den MigrantInnenorganisationen und den Gewerkschaften gegen deren Ideologien kämpfen. Das ist sicher auch im Sinne unseres leider viel zu früh verstorbenen Ehrenpräsidenten des Internationalen Ausschwitzkomitees, Kurt Goldstein. Hier hat die BVV im Oktober 2009 auf unseren Antrag hin beschlossen, einen Platz oder eine Straße in unserem Bezirk nach ihm zu benennen.

**Klaus-Jürgen Dahler**  
Fraktionsvorsitzender in der BVV

## Würdige Seelenbinder-Ehrung

Nähezu 150 Teilnehmer gedachten am 24.10.2009 des mehrfachen deutschen Meisters und Vierten der Olympischen Sommerspiele 1936 im Freistil-Ringen, des Antifaschisten und Kommunisten, Werner Seelenbinder, dessen Ermordung durch die Nazi-Justiz sich an diesem Tage zum 65. Male jährte.

Nach Auftritten des Schalmeiorchesters „Fritz Weineck“ und des Arbeiter-Veteranen-Chors Neukölln würdigte Dr. Klaus Huhn, der 1945 an der Urnenbeisetzung Werner Seelenbinders im Sportpark Neukölln teilgenommen hatte, die großen sportlichen Leistungen, aber vor allem seine konsequente Haltung gegen den deutschen Faschismus.

An der Veranstaltung nahmen u.a. auch der Sportveteran Willi Lorbeer, der 1934 mit Werner Seelenbinder in einer Mannschaft gekämpft hatte, der Weltmeister 1981 im Freistil-Ringen, Roland Gehrke, und der Olympiasieger 1972 im Geräteturnen, Klaus Köste, teil.

Zum Abschluss der Ehrung legten die Teilnehmer an der Grabstätte Werner Seelenbinders Blumen nieder.

**Erhard Richter**



## Antifaschistischer Widerstand in Kaulsdorf, Mahlsdorf, Marzahn

Es gab eine Zeit, in der Menschen, die sich der faschistischen Barbarei entgegenstellten und das nur allzu oft mit dem Leben bezahlten, hoch geehrt wurden. Wenn nach 1990 der Vorwurf laut wurde, dass vor allem kommunistische Widerstandskämpfer im Rahmen des „verordneten Antifaschismus“ hervorgehoben wurden, so lag das nicht zuletzt daran, dass tatsächlich Kommunisten den größten Anteil am aktiven Widerstandskampf hatten.

Es gibt heute eine Zeit, in der Faschismus und Krieg vergessen scheinen, nationalistischer und rassistischer Ungeist erneut viele Köpfe vernebeln. Umso wichtiger ist deshalb, das Leben derer ins Gedächtnis zu holen, die unter extrem schweren Bedingungen für ein besseres Leben kämpften. Dieser Aufgabe widmet sich Dr. Günther Wehner unermüdlich seit vielen Jahren. Seine und die seiner Mitstreiter Forschungsergebnisse zum Widerstandskampf in Berlin füllen mehrere dicke Bände.

Am 13. Oktober sprach im Kulturgut Günther Wehner über den Widerstandskampf in Kaulsdorf, Mahlsdorf und Marzahn, einem Bestandteil seiner akribischen Quellenuntersuchungen. Im Vergleich zur Innenstadt waren die Bedingungen für illegale Arbeit

hier ungünstiger: In den Siedlungsgebieten konnte sich die „Volksgemeinschaft“ hervorragend gegenseitig beobachten. Dennoch bildeten sich sechs Gruppen, Sozialdemokraten und Kommunisten, darunter eine große sozialdemokratische, von denen zehn Mitglieder hingerichtet wurden. Außerdem waren in Mahlsdorf auch Angehörige der Uhrig-Gruppe mit Flugblattaktionen wirksam. Hervorheben muss man den Mut des Kaulsdorfer Pfarrers Heinrich Grüber, befreundet mit Martin Niemöller, setzte er sich wie dieser von der Kanzel und mit der Tat gegen die Verfolgung jüdischer Deutscher zur Wehr. Der Widerstand verstärkte sich mit dem Einzug der Industrie 1941 in Marzahn (Hase und Wrede). Jetzt konnte er innerhalb der 5000 - 6000 Arbeiter in kleinsten Gruppen gut und wirksam organisiert werden, so gut, dass bis zum Kriegsende niemand enttarnt wurde. Gegenstand der Widerstandsarbeit war die Sabotage an kriegswichtigen Produkten und die Unterstützung der Zwangsarbeiter mit Lebensmitteln und Kleidung.

In der Diskussion wurde u.a. die Frage nach politischer Tätigkeit der Widerständler vor 1933 gestellt und nach der Wirksamkeit des Widerstands überhaupt.

**Dr. Ingrid Matschenz**

## Soziale Gerechtigkeit in Zeiten knapper Ressourcen

1. Trotz unserer jüngsten Wahlerfolge ist die politische Linke - wenn man über den „Tellerand“ schaut - noch nicht wirklich aus ihrer „historischen Defensive“ heraus. Dies wird ihr auch nur gelingen, wenn sie sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellt.
2. Seit Jahrzehnten sind die Grenzen des Wachstums und der natürlichen Ressourcen bekannt. Der Kapitalismus kann die damit zusammenhängenden Probleme nicht wirklich lösen. Aber auch der „real existierenden Sozialismus“ konnte einst nicht mit dem alten, „industriegesellschaftlichen“ Reproduktionstyp brechen.
3. Zur kapitalistischen Industriegesellschaft gehört Wachstum um jeden Preis. Auch der sozialstaatliche Kompromiss setzte ein stetig steigendes „Mehrprodukt“ voraus. Bei allen Verteilungskämpfen ging es letztendlich um ein Mehr vom „materiellen Wohlstand“. Inzwischen sind viele Menschen von dieser Wohlstandsmehrung ausgeschlossen. Vor allem aber die Endlichkeit der Ressourcen der Welt müsste zum Umdenken zwingen. Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft müssen daher mit der kapitalistischen Wachstumslogik brechen. Statt um „Wachstum“ und „Erwerbsarbeit für alle“ sollte es um

„Chancengleichheit“, um die gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen, Lasten, also quasi um ein „mehr vom weniger“, gehen. Ein Plädoyer zum Beispiel fürs bedingungslose Grundeinkommen.

4. Dem neoliberalen Wachstumswahn muss ein Programm zur sozialen und ökologischen Erneuerung der Gesellschaft entgegengesetzt werden. Als einzige relevante Kraft dieses Landes, die momentan noch die „Systemfrage“ stellt, hat unsere Partei dabei eine besondere Verantwortung. Unser Grundsatzprogramm sollte die Verknüpfung von Sozialem und Ökologischem bezüglich aller politischen und gesellschaftlichen Bereiche durchdeklinieren, dabei im „hier und heute“ ansetzen und zugleich Ansatzpunkte einer emanzipatorischen Transformation in eine neue „solidarische“ Gesellschaft aufzeigen.

**Frank Beiersdorff**

Mitglied des Bezirksvorstands

**DIE LINKE.**

## „Mit Rosa Luxemburg in Israel“

So lautete der Titel einer sehr informativen Veranstaltung im Linken Treff in Marzahn-Hellersdorf. Dr. Angelika Timm, Leiterin des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) in



Tel Aviv stellte die Arbeit der Stiftung in Israel vor und beantwortete Fragen der Zuhörer zur Entwicklung und zur aktuellen Lage des israelischen Staates und der Zivilgesellschaft.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Petra Pau (MdB). Beide Frauen warben für einen differenzierten Blick auf Israel. Ein Ziel des Israel-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist es, zur Vermittlung eines realistischen Bildes der israelischen Gesellschaft in Deutschland beizutragen. In Israel kooperiert die Stiftung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die auf den Gebieten alternativer Bildung, der Vermittlung demokratischer Werte, des jüdisch-arabischen Dialogs und der Friedensarbeit tätig sind.

**Marina Richter-Kastschajewa**

## Dumm gelaufen

Am 30. Oktober 2009 verhalf ausgerechnet der Linksparteipolitiker Bodo Ramelow im Erfurter Landtag der CDU-Kandidatin Lieberknecht zum Ministerpräsidentinnenamt. Vorausgegangen waren dem zwei verlorene Wahlgänge der CDU-Frontfrau. Beharrlich hatten ihr vier Koalitionäre die Gefolgschaft verweigert. Im dritten Wahlgang stellte sich nun Ramelow als Gegenkandidat zur Wahl, beschwor aber damit das rote Schreckgespenst der thüringischen Landespolitik und schweißte so die schwarz-rosa Koalition zusammen. Lieberknecht wurde gewählt. Ramelow erhielt einen Trostpreis, nämlich eine Stimme mehr als die eigene Fraktion aufbieten konnte. Eigentlich wollte er zeigen, dass es „Alternativen“ gebe. Aber manchmal kehrt sich eine hehre Absicht in ihr Gegenteil. Er hätte mehr Geduld haben müssen.

G.H.

## Kurz vorgestellt: Sarah Fingarow

### Jüngstes Mitglied im neuen Vorstand mit bestem Ergebnis gewählt

Auf der jüngsten Hauptversammlung am 17. Oktober hat DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf einen neuen Bezirksvorstand gewählt. Wir möchten die Gelegenheit nutzen und Sarah Fingarow vorstellen. Sie kandidierte zum ersten Mal und ist jetzt unser jüngstes Mitglied im aktuellen Vorstand.

Sarah ist 22 Jahre jung, doch sie schaut mittlerweile auf eine langjährige Mitarbeit in unserem Bezirksverband zurück. Seit 2001 ist sie hier politisch aktiv. Sie engagierte sich anfangs schwerpunktmäßig im Jugendverband *Linksjugend [solid]*, der damals noch *[solid] – die sozialistische Jugend* hieß. 2002 und 2003 ist sie eine von mehreren Landessprecherinnen des Berliner Jugendverbandes. Zwischenzeitlich Mitglied der Jugend-BVV, konzentriert sich Sarah danach mehr und mehr auf die Parteiarbeit. Durch ihr Engagement in Wahlkämpfen bringt Sarah

jede Menge Erfahrung im Umgang mit den Bewohnerinnen unseres Bezirks mit. Da sie seit ihrer Kindheit hier wohnt, kennt sie Marzahn-Hellersdorf entsprechend gut.

Neben der Arbeit in Partei und Jugendverband absolviert Sarah an der Freien und der Technischen Universität ein Lehramtsstudium. Da sie am eigenen Beispiel erfährt, wie es sich nach dem Bachelor- und Mastersystem studieren lässt, äußert Sarah – wie die meisten Studierenden – große Kritik an dem Bologna-Prozess. Gerade im Lehramtsstudium gibt es zu wenige Semester, um die notwendigen Kenntnisse zu erlangen. Für Studierende, die nebenbei ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, ist dies so gut wie nicht zu schaffen. Zudem ist es nur möglich, als richtige Lehrerin eingestellt zu werden, wenn der Masterabschluss erreicht werden konnte, weshalb es dringend notwendig ist, dass allen mit

einem Bachelor-Abschluss der Master-Studiengang offensteht.



## Raus aus der SAV - und Einsteigen in eine selbstbestimmte, radikale junge Linke

### Ein offener Brief an die SAV-Mitglieder im Jugendverband

Liebe Genossin, lieber Genosse, in der SAV gibt es viele junge Genossinnen und Genossen mit dem Herz an der richtigen Stelle und guten Positionen im Kopf! Aber es scheint, als werden sie durch soziale und strukturelle Kontrolle an eine Organisation gefesselt, die sie ausbeutet und bei abweichender Meinung gegebenenfalls auch ‚wegwirft‘. Selbstbestimmte und fortschrittliche Politik sieht unserer Meinung nach anders aus.

Das Verhältnis von SAV und Jugendverband wird in nicht wenigen Landesverbänden derzeit heftig diskutiert. Oftmals schrecken weniger die Positionen der SAV ab, sondern vielmehr der politische Stil und die Strategie ihrer Kader. Bei vielen Jugendverbandsmitgliedern besteht die Sorge, dass die Souveränität des Verbandes durch eine extern organisierte Gruppierung unterlaufen wird. Als BundessprecherInnenrat nehmen wir diese Sorge ernst. [...]

Was will die SAV-Leitung? Die Kader der SAV

springen von Organisation zu Organisation, immer unter dem Vorwand, eine Arbeiterpartei aufbauen zu wollen und lassen es sich von ihren Mitgliedern bezahlen. Sei es bei *attac*, *DIE LINKE* oder in *Linksjugend [solid]*. Beispiele mit ähnlichem Verlauf gibt es viele, überall dort, wo sie denken, es ließe sich für die SAV etwas herausholen, werden die „Mitglieder“ per Beschluss zugewiesen und müssen die Kosten für die doppelte Mitgliedschaft bezahlen. Ihnen geht es darum, neue zahlende Mitglieder zu gewinnen und Materialien zu verkaufen, die ihren „Apparat“ finanzieren. Alles andere ist Fassade. Wer nicht mitmacht oder nicht genug Material verkauft, bekommt Druck.

Eine solche Organisation wird nicht in der Lage sein, der Sozialen Frage wieder eine reale politische Durchschlagskraft zu verleihen. [...]

Wer von euch also aus der SAV raus will, den/ die werden wir nach besten Kräften unterstützen. Wir sagen nicht, dass es leicht sein

wird. Wir sagen nicht, dass alle Forderungen der SAV Quatsch sind. Aber in unserem Verständnis kann es durch diese Organisation keine emanzipatorische und selbstbestimmte linke Politik geben.

Wer die Befreiung fordert, darf seine Mitglieder nicht unfrei machen!

Darum raus aus der SAV - rein in den Jugendverband *Linksjugend [solid]* sozialistisch, feministisch, antifaschistisch, basisdemokratisch und streitbar.

Mit solidarischen Grüßen

der BundessprecherInnenrat von *Linksjugend [solid]*

[raus-aus-der-sav@linksjugend-solid.de](mailto:raus-aus-der-sav@linksjugend-solid.de)

Den gesamten Brief findet ihr unter: <http://www.linksjugend-solid.de/aktuelles/verbandsnews/>

## Veranstaltungen

» **8.11., 11 -13.30 Uhr, Politischer Frühschoppen** im Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Entwurf des Klimaschutzgesetzes in der Diskussion**, mit Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Katrin Lompscher, Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Moderation: Regina Kittler, stellv. Fraktionsvorsitzende der BVV-Fraktion, Musik: Peter M. Haas, Pianist und Akkordeonist

» **10.11., 19 Uhr**, KulturGut Marzahn, Alt Marzahn 23, 12685 Berlin, **„Fremde kamen selten nach Swanetien“**, Referentin: Prof. Dr. Edith Neubauer (Kunsthistorikerin), die in einem Bildvortrag ihre neueste Buch-Publikation zu Georgien vorstellt, die sich auf die weitgehend unbekannte, aber einzigartige Hochgebirgs- und Kulturlandschaft Swanetien im Südkaukasus bezieht; dabei wird auch auf die politische Situation in der Kaukasusregion und die dort schwelenden Konflikte eingegangen; Moderation: Dr. Wolfgang Girnus

» **28.11., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Lesung „Die Überleberin“** mit der Autorin dieser Autobiographie, **Dr. Hanna Behrend**, Historikerin und Literaturwissenschaftlerin (Anglistin). „Was rührt so stark an der Selbstdarstellung dieser Frau, dass man nicht loskommt von ihr, nicht loskommen möchte? Vor allem der Lebensmut – nie aufzugeben, die eigene Mitte zu finden trotz persönlicher, familiärer, gesellschaftlicher Zerrissenheit. In ungemein prekären Lagen sich durchzuboxen, ... Hoffnungen zu hegen, ... Enttäuschungen – private, berufliche, politische – zu überwinden, in Chaos und Krise die kleinen Dinge des Lebens hochzuhalten, ... ihr Kampfgeist. Ihre Selbstkritik. Ihre Begeisterungsfähigkeit. Ihr Streben nach Gemeinschaftlichkeit. Und natürlich die Leidenschaft für Politik ...“ (aus der Rezension des österreichischen Schriftstellers und Literaturpreisträgers Erich Hackl)

» **8.12., 19 Uhr**, KulturGut Marzahn, Alt Marzahn 23, 12685 Berlin, **„Jetzt pilgern schon Kommunisten auf dem Jakobsweg?!“**, Referent: Dr. Wolfgang Girnus. Zum Thema: Im Frühjahr 2009 pilgerte der Referent mit seiner Frau den Camino Francés von Pamplona bis Santiago de Compostela, und weiter bis zum Kap Finisterre - dem „Ende der Welt“. Dabei hat er mehr als 1.500 Fotos gemacht und noch mehr Eindrücke gesammelt. Wie kommt es, dass sich eine solche Pilgerreise auf dem Jakobsweg - es sind schließlich über 750 km per pedes - seit einigen Jahren über Alters-, Landes- und Weltanschauungsgrenzen hinweg einer erstaunlichen Beliebtheit erfreut? Die meisten Pilger/innen erleben den Camino als glückliche, bereichernde und bleibende Erfahrung, von der man zehren kann - bis man sich wieder auf den Weg macht ...

## Hinten links

### Keine Gewalt gegen Frauen

Im Gegensatz zu den Juden und den Moslems wird die Frau bei christlicher Heirat nicht Eigentum des Ehemannes.

Weit gefehlt jedoch der Irrglaube, Frauen und Männer wären wenigstens hierzulande gleichberechtigt.

Es muss nicht gleich ein Ehrenmord, eine Steinigung oder „nur“ eine Genitalverstümmelung sein – Zwangsprostitution und häusliche Gewalt gibt es (möglicherweise) auch hier gleich nebenan.

Die Welt für Frauen und Mädchen ist nicht ohne die – sondern nur mit der Solidarität und Zivilcourage der anständigen Männer besser und gerechter zu machen.

Vor zehn Jahren – 1999 – anerkannten die Vereinten Nationen den 25. November als internationalen Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen“.

#### Frage

Welcher Leser nahm von diesem Gedenktag schon Notiz?

R. Rüdiger

## Bezirksvorstand

» Beratungen des Bezirksvorstandes finden im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, statt; Termine bitte unter Telefon 9953508/5412130 erfragen.

## Basisgruppensprecher-Beratungen

» **2.12.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» **2.12.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» **3.12.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzastr. 24/26

» **3.12.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

## IG / Freundeskreis

» **17.11., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

» **19.11., 15 Uhr**, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

## BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin, Termine bitte unter Telefon 54431890 erfragen

## Sprechstunden

» **13.11., 16 - 18 Uhr, Petra Pau (MdB)**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» **16.11., 17 Uhr, Dr. Gabriele Hiller (MdB)**, Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin

» **23.11., 17 Uhr, Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Soziales, und **Regina Kittler**, stv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV und Vorsitzende des Ausschusses Siedlungsgebiete und Verkehr, Schloss Biesdorf, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» **30.11., 16 Uhr, Dr. Margrit Barth (MdB)**, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **1.12., 18.30 - 20 Uhr, Wolfgang Brauer (MdB), Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-NordWest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin

» **jeden Donnerstag, jeweils 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN**, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

**Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12**  
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

**Offen:**

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

**Geschlossen: Mittwochs sowie am 16. und 20.11.2009!**

#### Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami

**Anschrift der Redaktion:** Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin  
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

**Internet:** www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**E-Mail:** bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**Redaktionsschluss:** 2.11.2009. Auslieferung ab: 4.11.2009. **Druck:** Eigendruck. **„Marzahn-Hellersdorf links“** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 3.12.2009 und am 14.1.2010.